

1

Dortmund, den 22.01.1988

Mitglieder des  
Fachbereiches 12 (Erziehungswissenschaften und Biologie)  
der Universität Dortmund  
Emil Figge Str. 50  
4600 Dortmund 50

An die  
Abgeordneten des Nordrhein-Westfälischen Landtages

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
10. WAHLPERIODE

**ZUSCHRIFT**  
**10/ 1800**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
aufgrund der geplanten Änderung des §109 im WissHG und des  
auf der Pressekonferenz am 20.11.1987 bekanntgewordenen Hoch-  
schulstrukturplanes sehen wir uns zu folgender Stellungnahme  
gezwungen.

Die Zitate sind dem Sprechzettel der Ministerin für Wissen-  
schaft und Forschung Anke Brunn zu vorgenannter Pressekonferenz  
entnommen.

- "- ...; das regionalisierte Hochschulangebot Nordrhein-West-  
falens leistet wichtige Beiträge zur ökologischen und  
ökonomischen Erneuerung kulturellen Entwicklung der In-  
dustriegesellschaft.
- Durch die Bildung von Stellenpools sollen Umstrukturierungs-  
möglichkeiten für die Hochschulen verbessert werden; hierzu  
sollen insbesondere auch in den Montanregionen zukunfts-  
trächtige und langfristig arbeitsplatzsichernde oder  
arbeitsplatzschaffende Forschungsschwerpunkte und Aus-  
bildungsgänge verstärkt oder neu angesiedelt werden."
- Zukunftsträchtig sind für uns nicht nur die ingenieur- und  
naturwissenschaftlichen sondern gerade auch die geistes- und  
gesellschaftswissenschaftlichen Studiengänge. Bestehende  
und zukünftige Probleme können nicht nur durch eine einseiti-  
ge Weiterentwicklung der Technik gelöst werden, da alle großen  
Probleme unserer Zeit auch eine sehr große gesellschaftliche  
Komponente haben.
- Außerdem muß berücksichtigt werden, daß die Einführung  
neuer Technologien immer auch einer intensiven psychologischen

und pädagogischen Begleitung bedarf und daß neue Technologien auch neue gesellschaftliche Phänomene und Probleme mit sich bringen, die einen immer größeren geisteswissenschaftlichen Erkenntnisbedarf schaffen.

-Die geplante Änderung des §109 im WissHG untergräbt die Autonomie der Hochschulen, die unabdingbar ist für die Aufrechterhaltung der Trennung von politischer Macht und wissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung.

-Eine verantwortungsvolle Arbeitsplatzpolitik, die sich um Arbeitsplätze der Zukunft bemüht, ist zu begrüßen, jedoch empfinden wir es als wenig sinnvoll wenn Arbeits- und Ausbildungsplätze der Gegenwart dabei gefährdet werden. Die Universitäten gehören bekanntlich auch im nichtwissenschaftlichen Bereich zu den großen Arbeitgebern und Ausbildungsstätten.

"-Die aufgrund der demographischen Entwicklung abzusehende Entlastung der Hochschulen in der Lehre soll vorerst zur Verbesserung der Ausbildungsqualität und der Forschungsmöglichkeiten der Hochschulen genutzt werden.

3.a) Hochschulstrukturplanung darf nicht die Studienbedingungen der jetzt Studierenden verschlechtern. Alle zur künftigen Streichung vorgeschlagenen Studiengänge laufen aus.

3.b) Bochum und Dortmund: Die Gespräche mit Bochum und Dortmund haben deutlich gemacht, daß durch eine Kooperation in der Lehrerausbildung in erheblichem Maße Stellenreserven freigesetzt werden können."

-Zu der von der Ministerin aufgrund der demographischen Entwicklung prognostizierten qualitativen Verbesserung von Lehre und Forschung ist für unseren Fachbereich folgendes zu sagen:

Ordnungsgemäße Lehre und zukunftsorientierte Forschung ist zur Zeit schon nicht möglich, da die Studienzeit in der Regel eben nicht 8 Semester, wie vorausgesetzt, sondern tatsächlich mindestens 10-12 Semester beträgt. Hieraus ist ersichtlich das die augenblickliche Belastung der Lehrkapazität bei weitem größer ist als gemeinhin angenommen wird. Folglich sind keine Überkapazitäten vorhanden, sondern es muß von einer Überlastung der Kapazitäten, insbesondere auch bei der Betreuung von Diplomarbeiten gesprochen werden!

- Da im Lehrdeputat des Fachbereiches gemeinsame Anteile für Lehramtsstudenten und Studenten des Diplomstudienganges vorgesehen sind, betreffen Kürzungen im Angebot für das Lehramtsstudium gleichzeitig den Diplomstudiengang. Für den Fortbestand eines sinnvollen Lehr- und Forschungsbetriebes ist es daher erforderlich, die bestehende gemeinsame Ausbildung von Lehramts- und Diplomstudenten mit allen zur Zeit bestehenden Schwerpunkten und Fächern zu erhalten.
- Mit Inkrafttreten der neuen Diplomprüfungsordnung zu Beginn dieses Jahres ist die Erhaltung bestehender Kapazitäten um so wichtiger, da diese sowohl für Studenten und Dozenten als auch für die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter eine erhöhte Belastung mit sich bringt.

Deshalb fordern wir:

- Rücknahme der geplanten Änderung des §109 im WissHG!
- Erhalt der Hochschulstandorte mit allen bestehenden Fachbereichen!
- Für Dortmund: Beibehaltung aller Fachrichtungen des Studienganges Diplompädagogik und aller Unterrichtsfächer für die Lehramtsstudiengänge in Dortmund!

Der Fachbereichsrat des Fachbereiches Erziehungswissenschaften und Biologie hat dieses Schreiben auf seiner Sondersitzung am 27.01.1988 beraten und diskutiert. Es wird mit einem einstimmigen Beschluß unterstützt.



Der Vorsitzende des Fachschaftsrates Diplom-Pädagogik

P.S. Tipp- und andere Fehler konnten aus Zeitgründen leider nicht mehr korrigiert werden.